



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/228 - 1. 10.1953

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Hinweise

auf den Inhalt:

Zur letzten Sowjetnote	S. 1
Mc Carthy in Frankreich	S. 3
Die Kabinettsumbildung in Stuttgart	S. 4

## Moskauer Antwort

(sp) Auf den konkreten Vorschlag der Westmächte, am 15. Oktober in Lugano zu einer Viermächtekonferenz zusammen zu kommen, hat nun die Sowjetunion eine Antwort erteilt, über deren Sinn und Bedeutung selbst die gewiegtsten Russlandkenner nicht ganz im klaren sind.

Die sowjetrussische Note bezieht sich weder auf die Einladung nach Lugano noch auf einen Termin. Es geht auch nicht hervor, ob die von der Sowjetunion gewünschte Fünferkonferenz mit Einschluss Rotchinas über "eine Entspannung der allgemeinen Weltlage" zur Bedingung einer Annahme der von ihr im Grundsatz gebilligten Viermächte-Aussenministerkonferenz gemacht wird. Immerhin scheint sie den Gedanken aufgegeben zu haben, Rotchina als Verhandlungspartner zu einer Konferenz über das deutsche Problem hinzuzuziehen. Was hätte auch das kommunistische China auf einer Viermächtekonferenz, die sich ausschliesslich mit Deutschland zu beschäftigen hätte, zu suchen?

Trotz aller Verkläuserungen und gewohnter Rabulistik zeigt die Note die Bereitschaft, sich mit den westlichen Partnern zu treffen. Auch die Sowjetunion kann nicht, ebenso wie die Westmächte, das Odium auf sich nehmen, dass durch ihr Verhalten der Weg zum Verhandlungstisch versperrt wird. Ein weitester Fortschritt ist der Verzicht auf eine an Bedingungen geknüpfte Tages-

1. Oktober 1953

ordnung wie auch die Bereitschaft, die Frage der gesamtdeutschen Wahlen zu prüfen, obgleich dieser Teil der Note Gesichtspunkte enthält, die für jede deutsche Regierung und für jede deutsche Partei unannehmbar sind. Die Vorstellung, die die Sowjetunion über eine zu bildende gesamtdeutsche Regierung hat, würde doch in der Praxis bedeuten, dass Deutschland bis zum Abschluss eines Friedensvertrages drei Regierungen hätte: eine westdeutsche, eine ostdeutsche und sozusagen als Dach über Bonn und Pankow eine gesamtdeutsche mit beschränkten Funktionen. Dieser Versuch, durch die Hintertür dem Pankower Satellitenregime Einfluss auf die Gestaltung der gesamtdeutschen Politik zu sichern, widerspricht den einmütigen Beschlüssen des ersten deutschen Bundestages, dass nur eine aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung Verhandlungspartner auf einer zukünftigen Friedenskonferenz sein kann.

Obwohl die sowjetrussische Antwortnote, wenn auch verschleiert, das Bestreben bekundet, das seit dem März vergangenen Jahres begonnene Deutschlandgespräch weiterzuführen, wird es immer klarer, dass auf dem Wege eines weiteren Notenwechsels zwischen den Mächten eine Verständigung nicht erzielt werden kann. Die anderthalb Jahre, die seit der ersten russischen Note verfließen sind, haben alles in allem genommen uns der Verwirklichung der deutschen Einheit in Freiheit kaum einen Schritt näher gebracht. Es bedarf neuer und kühner Initiative, um die erstarrten Fronten aufzulockern. Die Gefahr, dass sich Westen und Osten auf der Grundlage des Status quo, das heißt der Spaltung Deutschlands, einigen, ist eher grösser als geringer geworden. Die schwankende Haltung der Westmächte gab der Sowjetunion Gelegenheit, das durch den 17. Juni in seinen Grundlagen erschütterte Pankower Regime wieder zu festigen. Der Westen wiederum schöpft aus dem 6. September die Ermutung, Westdeutschland über die EVG in sein militärisches Verteidigungssystem einzubeziehen - beide Tatsachen aber türmen neue Berge von Schwierigkeiten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit auf.

Mc Carthy in Frankreich

G.S., Paris, Ende September

In Frankreich besteht eine Hochschule, die begabte junge Menschen für die Laufbahn in den höheren staatlichen Institutionen ausbildet. Die Regierung hat beschlossen, drei jungen Leuten, zwei Kommunisten und "einem, der es vermutlich ist" (wie es in einer amtlichen Verlautbarung hiess), die Teilnahme am Abschlussexamen zu verweigern. Abgesehen davon, dass auf diese Weise das jahrelange Studium dieser jungen Leute praktisch hinfällig gemacht wird, wirft diese Massnahme (der, wie hier verlautet, ein Gesetz folgen soll) ein grundsätzliches Problem auf: hat der Staat das Recht, einen Bürger von einem Staatsposten (der nicht die Sicherheit des Staates betrifft) auszuschliessen?

Mit erfreulicher Einstimmigkeit nahm die französische Öffentlichkeit gegen die Massnahme ihrer Regierung Stellung und bezeichnete sie als "Einführung des Mc-Carthysmus" in Frankreich. Dass es sich da nicht um eine vereinzelte Massnahme, sondern um die Einleitung einer systematischen Politik in diesem Sinne handelt, geht u.a. aus der Tatsache hervor, dass Hochschulprofessoren, die Kommunisten sind oder für solche gehalten werden, entlassen wurden oder mit Entlassung bedroht werden. Der Generaldirektor eines staatlichen, von der Regierung subventionierten Betriebes teilte gleichfalls mit, dass "in Erwartung eines bevorstehenden Gesetzes" Massnahmen ergriffen werden müssten, um die "Kommunisten auszuschalten". Abgesehen davon, dass es sich bei diesem Betrieb auch nicht um einen solchen handelt, der irgendwelche Staatsgeheimnisse zu verbergen hat, kann man sich die Frage stellen, wer entscheidet, wer ... Kommunist ist. Eine Pariser Zeitung stellt die Frage, ob man nicht bald dazu gelangen werde, Entlassungen von "staatsgefährlichen Elementen" unter dem Sammelbegriff "Marxismus" vorzunehmen ....

Der Abgeordnete Jules Moch warf in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Laniel dieses Problem auf und verwahrte sich dagegen, dass in Frankreich "Methoden eingeführt werden, die Mc Carthy in Amerika zum Schaden der amerikanischen Demokratie propagiert und durchgesetzt hat.

Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Regierung in den letzten Tagen ausführlich über einen Gesetzentwurf beriet, der das Streikrecht "reglementieren" soll. Es wird gegenwärtig in Frankreich alles getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, die jede Streikbewegung als "kommunistisch" inspiriert diffamieren soll. So sind "Sanktionen" gegen jede Gewerkschaft vorgesehen, die für einen "illegalen Streik", d.h. für eine Arbeitseinstellung verantwortlich ist, die nicht vorher in einer Abstimmung von der Mehrheit der Arbeiter gebilligt worden sei. Hinter diesem sehr "demokratisch" anmutenden Gedanken verbirgt sich der Wunsch, jede spontane Aktion der Arbeiterschaft zu verhindern, wie sie beispielsweise in den stürmischen Augusttagen zum Ausbruch kam.

Ein solches Gesetz würde sich natürlich in einer "Jagd auf Kommunisten" auswirken und in Wirklichkeit all jene treffen, die sich in dieser oder jener Form gewerkschaftlich betätigen.

Der sozialistische "Populaire", der sehr entschieden gegen die "Mc-Carthy"-Massnahmen der Regierung Stellung nimmt, erklärt mit Recht: "Wenn man sich einmal auf den Weg begeben hat, der zu Verurteilungen wegen der politischen Auffassungen (und nicht wegen eines Verbrechens) führt, so besteht kein Grund dafür, auf diesem Weg stehen zu bleiben. Man verteidigt das demokratische Regime nicht, indem man die Methoden jener verwendet, die das demokratische Regime untergraben wollen."

+ + +

Eine Regierung ohne parlamentarische Opposition

rdr. Stuttgart

Der Wunsch des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer ist erfüllt. Der Skalp Maiers liegt ihm zu Füßen. Die Regierung Dr. Reinhold Maier in Stuttgart ist zurückgetreten, sie musste einer All-Parteien-Regierung weichen, die unter Führung von Dr. Gebhard Müller (UDF) steht. In Schnait, dem württembergischen Weinort im Remstal, wird man den "armen Konrad" in den Keller stellen und die neue Sorte "Armer Reinhold" nennen müssen. Maier wurde nicht von seiner Koalition, er wurde von seiner eigenen Partei fallen gelassen. Die ermunternden Worte, die der "Rheinische Merkur" vor den Wahlen schrieb, sind auf fruchtbaren Boden gefallen. Tatsächlich wurde die DVP in Baden-Württemberg schon in der Wahlnacht von der panischen Angst ergriffen, das nächste Mal zu wenig von den Geldern der Unternehmer vereinnahmen zu können. Das Opfer des Ministerprä-

sidenten wurde ihnen - im Vergleich zur Finanzlage - weniger schwer. Der alte Reinhold Maier ist nicht gebrochen, aber für lange Zeit kalt gestellt. Er wird ein Anwaltsbüro in Stuttgart errichten, seine Mandate in Bonn und Stuttgart ausüben und abwarten.

Die SPD konnte einen Ministerpräsidenten nicht halten, von dem seine eigenen Leute abrückten. Sie hatte die Wahl zwischen der - freiwillig eingegangenen - Opposition oder dem Versuch, im neuen Kabinett mitzuarbeiten. Sie machte ihre Haltung von dem erzielten Vergleich abhängig und wird nunmehr mit drei Ministern in dem "Dutzend-Kabinett" vertreten sein. In den Verhandlungen ist durch den Status quo in der Schulfrage die christliche Gemeinschaftsschule für drei Landesteile gerettet worden. Der vierte Landesteil, Südwürttemberg, wird die konfessionelle Schule jedoch weiter behalten.

Das neue Kabinett besteht aus zehn Ministern, einschliesslich des Ministerpräsidenten, und zwei Staatssekretären mit Kabinettsrang. Die CDU stellt den Ministerpräsidenten, drei weitere Minister und die zwei Staatssekretäre, die DVP kontrolliert zwei, der BHE ein Ministerium. Für den neuen Regierungschef Dr. Gebhard Müller, dessen bisheriges Verlangen in der Opposition stets eine möglichst kleine Regierung war, bedeutet dieses koalitionsarithmetisch erhandelte "Dutzend" eine Belastung. Aber die CDU ist über Nacht von so mancher Forderung, die sie in der Opposition sah und laut vertreten hat, abgerückt. Man hört nichts mehr von Landtagsneuwahlen und auch von dem scharfen Kampf, den die CDU bisher gegen das Vertriebenen-Ministerium führte, ist nichts zu merken.

Die CDU hat im neuen Kabinett eine Stärke erlangt, die ihr nach den Abgeordnetensitzen nicht zusteht. Sie kontrolliert 50% der Regierung, obwohl sie von 121 Abgeordneten nur 50 stellt. Das ist für ein All-Parteien-Kabinett reichlich viel. Die Parteien der bisherigen Koalition, die über 67 Sitze verfügen (SPD 38, DVP 23 und BHE 6) stellen zusammen die andere Hälfte der Regierung. Da der Stichentscheid des Ministerpräsidenten - ein Bestandteil der Koalitionsabmachungen - in Zukunft wegfällt, könnten die drei bisherigen Regierungsparteien in kulturpolitischen Fragen theoretisch nicht überstimmt werden. Die Erfahrung wird lehren müssen, inwieweit die neu zu bildende Bonner Koalition auch hier eingreifen und über ihre Landesparteien Änderungen schaffen wird.

Für das neue Kabinett besteht eine grosse Gefahr. Es ist die Uneinlichkeit innerhalb der CDU-Fraktion. Erweist sich als richtig, was sich abzuzeichnen beginnt, dass nämlich die Alt-Badener in der CDU-Fraktion lustig und froh weiter Opposition treiben, dann verlagern sich die internen Spannungen der CDU ins Kabinett und die anderen Parteien baden die Krise der südwestdeutschen CDU aus. Der frühere Staatspräsident Wohleb schießt bereits gegen Dr. Gebhard Müller. Er hat erreicht, dass alle Alt-Badener die ihnen angebotenen Ämter in der neuen Regierung abgelehnt haben. Und wer eines annähme, der könnte damit rechnen, aus dem Bund "Badener Land" ausgeschlossen zu werden. Hinzu kommt, dass diese Kreise es verstehen, die Katholische Kirche vor den alt-badischen Wagen zu spannen. Der Freiburger Erzbischof, der gelähmt in seinem Heim liegt, wird das kaum verhindern können. Von Dr. Gebhard Müller wird man also schon verlangen müssen, dass er in seiner eigenen Fraktion Ordnung schafft. Ob das möglich ist, wird die Zukunft erweisen.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler